

breitungsmöglichkeit erreicht. Die der Cheruth nahestehenden „Allgemeinen Zionisten“ erhielten nur noch 6,3 Prozent. Offensichtlich wurde der größte Teil der Stimmen an die MAPAI verloren.

Der Wahlsieg der MAPAI wurde zweifellos durch den Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach einer politischen Stabilisierung herbeigeführt. An den Wahlen nahmen ca. 70 000 Erstwähler und etwa die gleiche Zahl neuer Einwanderer teil.

Die Kommunisten verloren fast die Hälfte ihrer Stimmen (2,8 %, vorher 4,5). Dies wird auf die außenpolitische Situation zurückgeführt. Man nimmt an, daß diese Stimmen den Linksparteien zugute kamen, welche wiederum Stimmen an die MAPAI verloren haben. Die linksextremistische Achuda Haawodah verlor ein Viertel ihrer Wähler (5,9 Prozent; vorher 8,2). Die linksradikale MAPAM hat mit 7,1 Prozent ihren Wählerstamm, der sich vorwiegend aus Mitgliedern der landwirtschaftlichen Kooperativen und Facharbeitern zusammensetzt, halten können.

Zwölf Parteilisten erhielten weniger als ein Prozent, werden also im neuen Parlament, in dessen Sitze sich zehn Parteien teilen, nicht vertreten sein. Die „neuen“ Parteien, die sich speziell an die orientalischen Juden wandten, wie etwa die „Nordafrikanische Union“ oder die Yemenitische Fraktion“, hatten keinen Erfolg. Auch die Liste der „Invaliden und Feuergeschädigten“ fand nur 1800 Wähler.

Die religiösen Parteien konnten ihre Positionen geringfügig verbessern. Die Nationalreligiöse Partei, in der die bürgerlich-orthodoxe Misrahi-Partei und die orthodoxe Misrahi-Arbeiterpartei vereinigt sind, erreichte einen Stimmenanteil von 9,9 Prozent (vorher 9,1), die ultraorthodoxe Agudath-Jisrael und die ihr angeschlossene Arbeiterpartei erhielten 4,7 Prozent (vorher 4,4).

Obgleich die MAPAI gestärkt aus den Wahlen hervorging, gestalteten sich die Koalitionsverhandlungen äußerst schwierig, so daß die neue Regierung unter der Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Ben-Gurion erst im Dezember gebildet werden konnte.

12/6) Grundsatz-Erklärungen der neuen Israel-Regierung

Den vom israelischen Religionsministerium in Jerusalem veröffentlichten „Christian News from Israel“ (X/3—4 vom Dezember 1959 p. 21 sq) entnehmen wir die folgenden ins Deutsche übertragenen Abschnitte:

Am 16. Dezember 1959 stellte der Ministerpräsident Ben Gurion der Knesseth sein neues Fünf-Parteien-Kabinett vor. Rabbiner Y. M. Toledano blieb Minister für religiöse Angelegenheiten, während M. Shapiro das Innenministerium übernimmt. Am selben Abend erfolgte eine Grundsatzerklärung der neuen Regierung, die dem Parlament vorgelegt und von diesem angenommen wurde.

Die folgenden Paragraphen beziehen sich auf die „Religion im Staate“:

60. Die Periode der Sammlung der Verstreuten hat in ihrem Heimatlande jüdische Gruppen zusammengeführt, die seit Jahrhunderten unter dem Einfluß sehr verschiedener Kulturen und Umgebungen lebten und die in ihren Ansichten und Auffassungen geteilt sind sowie sich in ihren Gebräuchen und Sitten unterscheiden. Zur Vereinigung der Nation und zum Aufbau eines normalen nationalen Lebens ist es notwendig, in Israel gegenseitige Toleranz und Freiheit des Gewissens und der Religion zu pflegen und zu erhalten.

61. Die Regierung will religiösen und antireligiösen Zwang, von welcher Seite er immer kommen mag, verhindern und sicherstellen, daß öffentliche religiöse Bedürfnisse durch staatliche Mittel gesichert sind; sie wird Freiheit der Religion und des Gewissens für alle nichtjüdischen Gemeinden in Israel erhalten und dafür sorgen, daß ihre religiösen Bedürfnisse auf Kosten des Staates befriedigt werden, sie wird für die religiöse Erziehung aller Kinder Sorge tragen, soweit es deren Eltern wünschen.

61. Die Regierung wird den status quo im Staat in Angelegenheiten der Religion erhalten.

Die folgenden Paragraphen beziehen sich auf die Minderheiten:

75. Die erzieherischen, gesundheitlichen, der Erziehung dienenden, sozialen und anderen vom Staat zur Verfügung gestellten Einrichtungen, die örtlichen Schulen sollen allen Einwohnern ohne Unterschied der Gemeinde und der Religion zur Verfügung stehen.

76. Wo noch keine Gemeindebehörde errichtet ist, sind die Bürger am Ort aufgefordert, nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zur Aufrechterhaltung der kommunalen Einrichtungen beizutragen.

77. Die Regierung wird ihre Unterstützung für moslemische, christliche und drusische Dörfer beim Bau von Zugangsstraßen vermehren; die Dörfer sollen an das Elektrizitätsnetz angeschlossen werden.

79. Die Regierung wird die kooperative Bewegung in moslemischen, christlichen und drusischen Städten und Dörfern fördern, sowie Maßnahmen ergreifen, um ihren kulturellen, bildungsmäßigen, und sozialen Standard zu verbessern. Sie wird in allen Orten Lokalbehörden auf der Grundlage demokratischer Wahlen einsetzen.

80. Araber sollen weiterhin Unterricht in arabischer Sprache erhalten, sowie obligatorisch in Hebräisch. Arabische Bürger in Israel haben weiter das Recht, die arabische Sprache in Regierungsstellen, bei Behörden und im Parlament zu gebrauchen.

81. Die staatlichen Einrichtungen für höheres Bildungswesen werden weiterhin allen Bürgern ohne Unterschied der Religion, Nationalität und des Geschlechts offenstehen. Befähigte arabische und drusische Schüler von Volks- und Mittelschulen sollen, wenn sich ihre Eltern eine Fortsetzung der Erziehung nicht leisten können, Stipendien auf derselben Grundlage wie jüdische Schüler erhalten.

82. Gemeinderäte sollen in Dörfern, wo es diese bisher noch nicht gab, beschleunigt gewählt werden.

83. Vollständige Gleichheit von Rechten und Pflichten soll allen Bürgern von Israel zukommen.

12/7 Weihnachten im Heiligen Lande

„Jedioth Chadashot“ (die in Israel erscheinende deutschsprachige Tageszeitung) schreibt vom 25. 12. 1959:

Über 2000 römisch-katholische und protestantische Christen, darunter etwa hundert amerikanische Staatsbürger, begaben sich am Vormittag des 24. Dezember durch das Mandelbaumtor in den jordanischen Teil der Heiligen Stadt und von dort nach Bethlehem, an den Geburtsort des Stifters ihrer Religion, um dort die Weihnachtsfeiern zu begehen. Bei dem strahlend sonnigen Winterwetter wickelte sich der „kleine Grenzverkehr“ dieses Jahr besonders schnell und reibungslos ab, und die Zusammenarbeit der israelischen und jordanischen Zivil- und Polizeibeamten funktionierte recht gut. Auf beiden Seiten waren Zelte aufgestellt, wo die Formalitäten nach Herkunftsort geordnet erledigt wurden. Nicht selten konnte man ein altes christliches Mütterchen sehen, wie es von einem martialisch wirkenden moslemischen Legionär mit Pickelhaube behutsam am Grenzstacheldrahtzaun entlang auf die jordanische Seite hinüber geleitet wurde, während ein nicht weniger strammer israelischer Militärpolizist ihr brav ihre altmodische große Tasche (wohl mit Geschenken für Enkel und Urenkel) ins „Feindesland“ hinübertrug. Innenminister M. Ch. Shapiro überzeugte sich persönlich von der glatten Abwicklung der Grenzpassage und fand den Distriktsrepräsentanten Jeshaja und dessen Assistenten R. Levy in freundschaftlichem Gespräch mit dem jordanischen Repräsentanten N. Nashashibi, der sich aber beim Herannahen des Ministers in seinen Staat zurückzog...

Die Jordanier, die schon vorher etwa zweihundert von Israel genehmigten Pilgern den Eintritt verweigert hatten, wiesen noch plötzlich etwa ein Dutzend zurück, und es kam zu herzerreißenden Szenen, da deren Verwandten auf der anderen Seite sichtbar auf sie warteten, aber nicht einmal ein Wort